



Petition 199708

Organisation der Sozialversicherung - Keine Reduzierung der Anzahl der gesetzlichen Krankenkassen

Text der Petition	Petition gegen das Vorhaben zur Reduzierung der Krankenkassen in Deutschland
Begründung	Hiermit reiche ich eine Petition gegen das Vorhaben ein, die Anzahl der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland deutlich zu reduzieren. Nach meiner Auffassung stellt dieses Vorhaben einen erheblichen Eingriff in die Rechte der Versicherten dar. Ein zentrales Prinzip des deutschen Gesundheitssystems ist die Wahlfreiheit: Versicherte haben aktuell die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, welcher Krankenkasse sie angehören möchten. Diese Wahlfreiheit fördert Wettbewerb, Servicequalität und individuelle Versorgungskonzepte. Eine Reduzierung der Krankenkassen würde diese Entscheidungsfreiheit einschränken und die Position der Versicherten schwächen. Darüber hinaus ist mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand zu rechnen. Sollten Krankenkassen zusammengelegt oder aufgelöst werden, müssten zahlreiche Versicherte ihre Krankenkasse wechseln. Dies könnte zu organisatorischen Problemen führen, etwa bei der Übertragung von Leistungsansprüchen, laufenden Behandlungen oder individuellen Tarifmodellen. Auch Komplikationen beim Versicherungsstatus sind nicht auszuschließen, was insbesondere für vulnerable Gruppen problematisch wäre. Aus rechtlicher Sicht bestehen ebenfalls erhebliche Bedenken: 1. Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz) Die freie Wahl der Krankenkasse fällt unter die allgemeine Handlungsfreiheit. Eine staatlich forcierte Einschränkung dieser Wahlmöglichkeiten könnte als unverhältnismäßiger Eingriff gewertet werden, sofern kein zwingender Gemeinwohlgrund vorliegt. 2. Verstoß gegen das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz) Das deutsche Sozialversicherungssystem basiert auf Vielfalt, Wettbewerb und bedarfsgerechter Versorgung. Eine künstliche Verknappung von Krankenkassen könnte die Qualität und Zugänglichkeit der Versorgung beeinträchtigen und damit dem Sozialstaatsprinzip widersprechen. 3. Wettbewerbsrechtliche Bedenken Gesetzliche Krankenkassen stehen in einem regulierten Wettbewerb zueinander. Eine Reduzierung der Anbieter könnte diesen Wettbewerb erheblich einschränken, was langfristig zu schlechterem Service und geringerer Innovationsbereitschaft führen kann.

4. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

Jeder staatliche Eingriff muss geeignet, erforderlich und angemessen sein. Es ist fraglich, ob die Reduzierung der Krankenkassen tatsächlich das mildeste Mittel darstellt, um mögliche Probleme im Gesundheitssystem zu lösen.

Zusammenfassend halte ich das Vorhaben für kritisch, da es sowohl praktische Probleme als auch erhebliche rechtliche Risiken mit sich bringt. Insbesondere die Einschränkung der Wahlfreiheit der Versicherten ist aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt.

Ich bitte daher darum, dieses Vorhaben sorgfältig zu prüfen und von einer Umsetzung in der derzeit diskutierten Form abzusehen.